

Szenarien für die chinesische Außenpolitik im Jahr 2020+

SZENARIOPROJEKT CHINA 2020*

Der Aufstieg der Volksrepublik China (VRC) zur Weltmacht hat schon lange begonnen und sich bei Politikern, Wissenschaftlern und in der Öffentlichkeit als wichtiger Faktor für die Entwicklung der internationalen Beziehungen etabliert. Doch wer weiß heute schon mit Gewissheit, ob und wie lange diese Tendenz anhält? Die *eine* Antwort auf diese Frage wird es sicher nicht geben.

Dieser Artikel stellt im Hauptteil drei alternative Zukunftsbilder gegenüber, unter welchen Bedingungen und wie sich die Außenpolitik der Volksrepublik im Jahr 2020 darstellen könnte. Zu Beginn wird die Szenario-Methode skizziert,¹ mit deren Hilfe die Szenarien entwickelt wurden.

Die Szenario-Methode

In einer zunehmend komplexer werdenden Welt, in der sich gesellschaftliche, wirtschaftliche, technologische und politische Änderungen wechselseitig beeinflussen, wird eine Analyse der internationalen Politik immer komplizierter. Die Frage nach zukünftigen Entwicklungen wird für Entscheidungsträger aber immer wichtiger. Bisherige Erklärungsmuster sind durch nationalstaatliche Machtkategorien geprägt. Durch den raschen Wandel des internationalen Systems werden diese jedoch obsolet und

* Autoren: Johannes Gabriel, Kristin Schmidt, Simone Christ, Till Dittkrist, Martin Eckhardt, Mareen Jeschonneck, Tim Kwoczek, Michael Lechner, Thomas Tesch und Jan Vogel. Das Szenarioprojekt China 2020 war eine Kooperation des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen und Außenpolitik der Universität Trier und der Society and Technology Research Group der Daimler Forschung Berlin.

1. Minx, Eckard u. Böhlke, Ewald (2005): »Denken in alternativen Zukünften. Wie lassen sich in einer Welt, die ständig rapiden Veränderungen unterliegt, tragbare strategische Konzepte entwickeln?«, in: *Internationale Politik* 12/2005, Nr. 12, 60. Jahr: 14–22.

eignen sich nicht für einen Blick in die Zukunft, da sie als Methode die Extrapolation verwenden.² Die Frage von *Minx und Böhlke*, ob heutige Bilder, theoretische Konstrukte oder Begriffe künftige Veränderungen noch beschreiben können, muss ab einem gewissen Zeithorizont deshalb eindeutig verneint werden. Die Forderung von *Weidenfeld* nach einem neuen Verständnis und Zukunftsentwürfen für die internationale Politik lässt sich aus diesem Grund gut nachvollziehen. Eine langfristige Prognose nur mit Hilfe von Extrapolation zu geben, gleicht etwa dem Autofahren, wenn man den kommenden Straßenverlauf aus dem Blick in den Rückspiegel erschließen möchte. Aus diesem Grund bietet die Szenario-Methode, die hier verwendet wurde, die Möglichkeit, gelöst von heutigen Bildern und Begriffen plausible (nicht unbedingt wahrscheinliche!) Antworten auf die Frage »Was wäre wenn?« zu geben.

Der Szenario-Methode »geht es im Kern um die Darstellung möglicher zukünftiger Entwicklungen entlang eines strukturierten Kommunikationsprozesses, der treibende Kräfte und daraus abzuleitende Konsequenzen (...) verdeutlicht«. (Minx/Böhlke 2005: 17). Da Kommunikationsprozesse bei dieser Methode eine sehr gewichtige Rolle spielen, wird vor Beginn des eigentlichen Prozesses eine Gruppe aus 10–12 Personen unterschiedlicher Fachgebiete gebildet, um dem ganzheitlichen Ansatz eines Szenarios überhaupt annähernd gerecht werden zu können. Aus diesem Grund werden alle elementaren Phasen bei der Erstellung von Szenarien mit der gesamten Gruppe diskutiert und verabschiedet.

Im ersten regulären Arbeitsschritt werden in ihren Ausprägungen variable Einflussfaktoren (Deskriptoren) gebildet. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang wäre die »Ausgestaltung des nationalen politischen Systems« mit den Ausprägungen »Technokratie«, »Demokratie« und »Zerfall«. Zu diesen und anderen Deskriptorausprägungen gelangt man durch eine genaue Analyse der heutigen Wirkungszusammenhänge. Sind die Deskriptoren festgelegt und genau definiert, muss durch eine detaillierte Beschreibung der alternativen Ausprägungen ein hohes Maß an Trennschärfe zwischen ihnen hergestellt werden. Für jede der Ausprägungen, meist drei, werden grobe Eintrittswahrscheinlichkeiten in Bezug auf den gesetzten Zeitrahmen – hier also für das Jahr 2020 – festgelegt.

Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie das Eintreten einer Ausprägung von Deskriptor X die Eintrittswahrscheinlichkeit von den

2. Weidenfeld, Werner (1999): »Abschied von Metternich. Gedanken zur Zukunft internationaler Politik«, in: *Internationale Politik*, 12/1999, Nr. 12, 54. Jahr: 1–9.

Ausprägungen des Deskriptors Y beeinflusst. Diese Wechselwirkungen werden in einer sogenannten »cross-impact-matrix« festgehalten und dienen dazu, diejenigen Deskriptoren ausfindig zu machen, die den größten Einfluss auf das Gesamtszenario haben. Ein Computerprogramm errechnet nun eine Vielzahl von Szenarien, die nur durch ihre unterschiedlichen Deskriptorausprägungen beschrieben werden. Aus diesen Szenarien wird eine kleine Teilmenge von drei bis vier sehr unterschiedlichen und plausiblen Zukünften ausgewählt. Im letzten Arbeitsschritt werden aus den abstrakten Kombinationen von den Ausprägungen der Deskriptoren Leitbilder für das Jahr 2020 entwickelt. Ausgehend von jeder Zukunftsalternative in 2020 muss nun ein Entwicklungspfad *zurück* in die heutige Zeit entworfen werden.

Die Vorteile dieser Methode im Vergleich zu anderen extrapolierenden Methoden liegen auf der Hand: Zum einen können nichtlineare Entwicklungen berücksichtigt werden, und zum anderen liegt dem Szenario ein ganzheitlicher Ansatz zu Grunde, in dem Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen den Einflussfaktoren für die Zukunft systematisch aufgezeigt werden. Die aus dieser Methode entstehenden alternativen Zukunftsbilder samt ihrer Entwicklungspfade ermöglichen letztendlich auch die Ableitung von gezielten und praktischen Handlungsanweisungen.

Drei unterschiedliche Szenarien

Die im folgenden dargestellten Zukünfte sind zum Teil mit heutigen Denkschemata nicht eindeutig zu fassen. Die vorliegenden Entwürfe der Szenarien wurden für einen Vortrag im Auswärtigen Amt und in der Stiftung Wissenschaft und Politik im Januar 2007 angefertigt. Aus diesem Grund sind die hier präsentierten Szenarien in ihrer Form stark vereinfacht und gekürzt dargestellt. Als die treibenden Einflussfaktoren aller Szenarien haben sich die folgenden herausgestellt: »Globale Ordnungspolitik«, »Entwicklung der Weltwirtschaft«, »Nationales politisches System«, »Nationale Wirtschaftsentwicklung« und »Umgang mit Rohstoffknappheit«. In Tabelle 1 sind alle Deskriptorausprägungen für jedes Szenario aufgelistet.

Tabelle 1:
Ausprägungen der Deskriptoren je Szenario

<i>Deskriptor</i>	<i>Szenario I</i>	<i>Szenario II</i>	<i>Szenario III</i>
Globale Ordnungspolitik	Entropie	Recht des Stärkeren	Weltregierung
Beziehungen zu Taiwan	Status Quo	Verschlechterung	Verbesserung
Globale Wirtschaft	> 5 %	1 bis 2 %	> 5 %
Verhalten Chinas	Aktive Integration	Isolierung	Aktive Integration
Beziehungen China/Japan	Strateg. Dreieck	Eindämmung China	Strateg. Dreieck
Politische Verfassung der korean. Halbinsel	Dominanz USA	Dominanz USA	Unabh. Koreas
Nationales politisches System	Demokratie	Technokratie	Technokratie
Nationale Wirtschaft	4–5 %	8 %	12 %
Regionale Ordnung	Offener Reg.	Erosion	Minilateral
Rohstoffknappheit	Multilateral	Merkantil	Multilateral
Südchinesische See	Informelle Einigung	Unilateral	Informelle Einigung
Finanzpolitik Chinas	Flexible Wechsel	Feste Wechselkurse	Flexible Wechsel
Steuerung der Wirtschaft	Rückzug	Effizient	Rückzug
Militärische Auseinandersetzung	Keine	Allein	Keine
Chinapolitik der USA	Engagement	Containment	Engagement

Szenario I: »Der harmlose Drache«

Wie der Titel bereits verrät, ist im Jahr 2020 von dem »China threat syndrome« nur noch wenig übrig geblieben. Wirtschaftlich geschwächt und politisch in einem schwierigen Transformationsprozess Richtung Demo-

kratie wirkt die Volksrepublik China weniger wie ein Rivale, sondern mehr wie ein kooperativer Mitspieler im internationalen System.

Die Internationale Ordnung im Jahre 2020 ist geprägt vom Zerfall vieler traditioneller Institutionen auf der einen Seite und dem Fortbestand weniger »Inseln der Ordnung« auf der anderen. Die UN, der IMF und die Weltbankgruppe sind dabei in der Bedeutungslosigkeit versunken, während die WTO institutionell deutlich gestärkt werden konnte.

Der Niedergang der UN geht auf eine Truppenstellerkonferenz im Jahr 2009 zurück, als nicht genügend Truppen für eine Friedensmission im Sudan gestellt wurden. Das Hauptargument von Seiten der Mitgliedsstaaten war dabei das fehlende Vertrauen in den Erfolg von Friedensmissionen unter dem Dach der UN. Auch die Entscheidungen des Menschenrechtsrats und des Internationalen Strafgerichtshofs fanden keine Beachtung mehr. Weiterhin setzten zahlreiche Mitgliedsstaaten ihre Beitragszahlungen auf Jahre aus. Vorreiter dieser Entwicklung waren die USA, die ihre Interessen durch die UN nicht mehr vertreten sahen und so vermehrt auf »coalitions of the willing« zur Erreichung ihrer Ziele setzten. Der Bedeutungsverlust von den wichtigsten Institutionen des internationalen Finanzsystems, IMF und Weltbank, beruht auf einer Abwendung der Kreditnehmer (v. a. Entwicklungsländer) von politisch regulierten Finanzströmen hin zu unkonditionierten »public-private partnerships«. Vorbildcharakter hat hier der Fall Senegals, dessen Regierung 2013 die Weltbank um Kredite ersuchte, aber weder in der Lage noch dazu bereit war, die gestellten Auflagen zu erfüllen. Als Retter in der Not trat hier ein Konsortium rund um Petronas auf den Plan, das unkonditionierte Hilfen gegen exklusive Ölförderrechte anbot.

Völlig konträr zu dieser Entwicklung gelang es der WTO international deutlich an Einfluss und ordnungspolitischem Gewicht zu gewinnen. Eine durch die verfehlte Angebotspolitik eines Kartells hervorgerufene Krise auf den internationalen Rohstoffmärkten hat bei den rohstoffabhängigen Staaten, überwiegend bei den G8-Staaten und China, zur schmerzhaften Einsicht geführt, dass der Rohstoffhandel ähnlich wie der internationale Güter- und Dienstleistungsverkehr liberalisiert werden muss, um so eine reibungslose Versorgung dauerhaft sicherzustellen. Resultat dieser Entwicklung war die Entstehung des General Agreement on Resources and Energy (GARE) als vierte Säule der WTO. Das Abkommen verpflichtet die Mitglieder zuallererst zu einer rigorosen Zerschlagung aller Rohstoffkartelle auf den heimischen Märkten und zu einer Erhöhung der Transparenz von Förderung und Verbrauch. Selbst die Rohstoffför-

derländer (v. a. OPEC-Länder) sprachen sich für GARE aus, da auch sie eine Diversifizierung ihrer Investitionsportfolios anstrebten. GARE trug maßgeblich zum erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde der WTO 2009 bei, da die Industriestaaten im Gegenzug für die Zustimmung zum GARE bereit waren, Subventionen zu streichen und weiteren Liberalisierungen ihres Außenhandels zuzustimmen. Damit konnte ein massiver Impuls für die Weltwirtschaft gegeben werden. Seit 2006 konnte die Weltwirtschaft im Schnitt um fünf Prozent per annum wachsen. Wichtigste Stützen dieses rasanten Wachstums sind dabei die G8-Staaten, Indien und der afrikanische Kontinent, dessen Aufholprozess durch die Öffnung von Märkten Fahrt aufnehmen konnte.

Auf internationaler Ebene ist eindeutig ein Primat der Ökonomie zu erkennen, es geht also in erster Linie nur noch um die Koordinierung von Volkswirtschaften, während die Institutionen, die Werte und politische Standards vertreten, von den Staaten nicht mehr unterstützt werden.

Die regionale Zusammenarbeit beruht inzwischen weitgehend auf dem Prinzip des offenen Regionalismus. Hierbei werden Großmächte in die regionalen Strukturen integriert, nehmen aber keine Hegemonialstellung ein. So hat sich die Shanghai Cooperation Organisation (SCO) im Jahr 2009 erweitert und mit Indien eine weitere Regionalmacht aufgenommen, wobei sich die Integrationstiefe nicht veränderte. Die Aufgabenbereiche der SCO umfassen weiterhin primär die Stabilisierung der Region Zentralasien und die Sicherung der Rohstoffversorgung. Eine wesentliche Neuerung in der regionalen Wirtschaftskooperation stellt die 2010 etablierte Freihandelszone »Guter Außenhandel« dar. An ihr sind neben den ASEAN-Staaten auch Japan, China, Südkorea, Indien und Taiwan, als eigenständige Wirtschaftseinheit, beteiligt. Sie ersetzt die Vielzahl von bi- und multilateralen Abkommen im wirtschaftlichen Bereich und macht es den Mitgliedsstaaten möglich, auf internationalem Parkett einheitlich zu agieren. Die hierfür benötigte effiziente Arbeit ist der Organisation allerdings erst ab 2014 möglich, da das Reich der Mitte, der eigentliche Initiator, zuvor von 2010 bis 2014 in einer Wirtschaftskrise steckte, auf die später genauer eingegangen wird.

In Bezug auf die bilateralen Beziehungen der Volksrepublik zu ihren Nachbarstaaten haben seit 2007 sehr unterschiedliche Entwicklungen stattgefunden. Die Beziehungen zu Taiwan gestalten sich heute wie damals wirtschaftlich eng, aber politisch distanziert. Der Weg zu diesem Ergebnis verlief keineswegs geradlinig, sondern war besonders auf der politischen Ebene von Rückschlägen begleitet, die sich jedoch nach eini-

ger Zeit immer wieder überwinden ließen. So zum Beispiel der Eklat von Olympia 2008: Hier provozierten die taiwanischen Sportler bei der Eröffnungsfeier durch das Tragen ihrer Nationalflagge. Diese wird bei Olympischen Spielen üblicherweise von einer eigens kreierten Olympiafahne ersetzt.

Gegenüber Japan kam es im Laufe der Zeit zu einer sukzessiven Annäherung und einer Überwindung des gegeneinander gerichteten Nationalismus. Dieser beachtliche Erfolg konnte aufgrund einer Vielzahl von vertrauensbildenden und versöhnlichen Maßnahmen beiderseits erzielt werden. So besuchte beispielsweise 2017 der japanische Premierminister Nanjing und legte an dem hier befindlichen Gedenkstein einen Kranz nieder. Diese Entwicklungen bildeten das Fundament für die Entstehung des strategischen Dreiecks zwischen Japan, China und den USA. Die Zusammenarbeit wurde aufgrund des neuen japanisch-chinesischen Vertrauensverhältnisses sowie einer wachsenden Interessenkonvergenz der Außen- und Sicherheitspolitik mit der Zeit intensiver und fand im ersten Gipfeltreffen 2020 ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Agenda des Treffens befasste sich mit einer Vielzahl von Politikfeldern. Die Schwerpunkte lagen hierbei auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit, sicherheitspolitischer Kooperation und der Erarbeitung umweltpolitischer Maßnahmen.

Auf der koreanischen Halbinsel hingegen hat die VRC ihren langwährenden Einfluss in Folge der innerchinesischen Wirtschaftskrise eingebüßt, da es zu dieser Zeit (2010–2014) einen Großteil seiner Ressourcen im Inneren gebunden hatte und so nicht fähig war, die gleichzeitig ablaufenden Veränderungen in Nordkorea zu beeinflussen. Im ersten Jahr der chinesischen Krise wurde die Kim-Dynastie nach dem Tod von Kim Jong Il durch ein Militärregime gestürzt. Diese neue Staatsführung öffnete sich nach außen, um den Zerfall Nordkoreas zu verhindern und die eigene Macht zu konsolidieren. Dies konnte nach Meinung des neuen Regimes nur mittels massiver Wirtschaftshilfen von Seiten Südkoreas, Japans und den USA erreicht werden. Die Verhandlungen zwischen den beiden Seiten ergaben 2011 eine Einigung, welche die nukleare Abrüstung Nordkoreas und im Gegenzug die erforderlichen Hilfen für den nördlichen Teil der Halbinsel beinhaltete. Seitdem üben die USA einen dominanten Einfluss auf die beiden Koreas aus, da sie die finanzielle Hauptlast dieser Vereinbarung tragen.

Die innerstaatlichen Bestimmungsfaktoren für die chinesische Politik haben sich in den letzten zehn Jahren in zwei wesentlichen Punkten verändert. 2011 hat ein Demokratisierungsprozess eingesetzt, der in engem

Zusammenhang mit dem Beginn der chinesischen Wirtschaftskrise von 2010 gesehen werden muss. Auslöser für diesen Prozess war ein hoher Beamter der chinesischen Finanzaufsicht. Er berichtete 2010 in einem Interview von faulen Krediten in bis dahin ungeahnter Höhe, deren Deckung nicht einmal die Staatsführung gewährleisten könnte, und löste so einen folgeschweren Bankencrash aus. Die staatliche Zensur reagierte dabei zu spät, so dass sich die Meldung vom bevorstehenden »Platzen der chinesischen Blase« rasant über unzählige nationale und internationale Medien sowohl innerhalb des Landes als auch in der Welt verbreitete. In direkter Folge zogen internationale und nationale Investoren sowie inländische Sparer ihr Kapital panikartig in großem Volumen ab, um es schnellstmöglich an attraktiveren und stabileren Standorten zu investieren. Besonders Indien und Afrika profitierten von den gewaltigen Umschichtungen internationalen Kapitals. Der daraus resultierende Vertrauensverlust in die chinesische Wirtschaft stürzte diese völlig unvorbereitet in eine anhaltende Krise, welche bis 2014 katastrophale Wachstumsraten von durchschnittlich zwei bis drei Prozent verursachte.

In der chinesischen Bevölkerung fürchtete der Mittelstand um den gerade erst gewonnen Wohlstand und brachte seine Zweifel an der Krisenreaktionsfähigkeit der kommunistischen Partei zusehends deutlicher zum Ausdruck. Große Demonstrationen und Aufstände waren die Folge. Einzig die in der chinesischen Bevölkerung weit verbreitete Chaos-Aversion führte den Staat nicht an den Rand eines Kollapses. In dieser Situation avancierte der charismatische Shanghaier Bürgermeister Han Zheng zur Schlüsselfigur auf der nationalen politischen Ebene. Sein Ziel: Stabilisierung der politischen Situation durch eine »bessere« Wirtschaftspolitik. Mit seinem einfachen Erfolgsmodell schaffte es Zheng in kurzer Zeit, sowohl große Teile der KPCh als auch des Mittelstandes hinter sich zu sammeln. Der studierte Ökonom versprach an erster Stelle, durch massive Liberalisierungen im gesamten Wirtschaftssystem die Wirtschaftslage zu normalisieren und das gefürchtete Chaos mit seiner Politik zu vermeiden. Sein Programm umfasste eine rigorose Privatisierung aller staatseigenen Unternehmen, die schrittweise Flexibilisierung der Wechselkurse und die Erhöhung der Transparenz des chinesischen Finanzsektors.

Bereits im Jahr 2011 erfolgte die Spaltung der KPCh in die beiden Flügel Partei Liberales China (PLC) und Chinesische Arbeiter Partei (CAP), da die Grundlagen im Bezug auf Ideologie und wirtschaftliche Fragen zwischen Zheng und seinen liberalen Anhängern und denen des *Ancien Régime* nicht zu vereinbaren waren. Beide Flügel verständigten sich auf

die Notwendigkeit von Wahlen, in denen der Nationale Volkskongress direkt gewählt wurde, um die Legitimation für die Regierungspartei zu begründen. Bei den ersten Wahlen im Jahr 2012 konnte die PLC von Han Zheng als deutlicher Sieger die Regierungsverantwortung übernehmen und durch die Umsetzung ihres Programms die Wirtschaftskrise erfolgreich bekämpfen. Die Wahlen 2017 konnte die PLC nur knapp gegen die CAP gewinnen, da Han Zheng zwar für ein Wiedererstarken der Wirtschaft sorgen konnte, die soziale Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung aber weiterhin zunahm und die CAP in den agrarisch geprägten Provinzen wieder deutlich an Zuspruch gewinnen konnte. Die nächsten Wahlen sind für das Jahr 2022 angesetzt.

Die Außenpolitik Chinas muss im Jahr 2020 im Kontext der wirtschaftlichen Genesung nach der Krise von 2010–2014 sowie dem darauf folgenden politischen Demokratisierungsprozess betrachtet werden. Letzterer sorgte und sorgt noch 2020 für eine positivere Wahrnehmung der VRC in der Welt und treibt somit die Integration Chinas in die internationale Staatengemeinschaft voran. China stellt sich als verantwortungsvolle Großmacht dar, die aktiv am politischen Geschehen teilnimmt. Dabei orientiert sich das Reich der Mitte an seinen beiden zentralen strategischen Partnern Japan und USA, mit denen es in vielen Politikbereichen eng kooperiert.

Szenario II: »Der fauchende Drache«

In den letzten 13 Jahren wurde die Welt zunehmend ein rechtsfreier Raum. Internationale Organisationen verloren an Bedeutung, und heute herrscht das Recht des Stärkeren. Die Lage für China ist extrem bedrohlich: Es hat nicht nur seinen Einfluss in Nordkorea verloren und fürchtet die Folgen einer Eindämmungspolitik der USA, sondern befindet sich zusätzlich im bewaffneten Konflikt mit umstürzlerischen Bewegungen in Zentralasien und Xinjiang sowie seit 2019 in einem Krieg gegen Gazprom-Russland.

In der heutigen internationalen Ordnung ist die Rohstoffsicherung das primäre Ziel der Außenpolitik vieler Staaten. Aus diesem Grund verschoben die USA ihren Abzug aus dem Irak auf unbestimmte Zeit. Obwohl sie weite Teile des Landes im Chaos versinken lassen, kontrollieren sie die Ölförderung und deren Transport. Zur Sicherung der Rohstoffe wurden mehrere US-Firmen beauftragt, die dazu eigene Truppen oder externe Sicherheitsfirmen nutzen. Nicht nur im Irak, auch in anderen

Regionen füllen heute internationale Konzerne das Machtvakuum, das aus der Erosion von Staatlichkeit in einigen Regionen – beispielsweise in Afrika – sowie dem zunehmenden Bedeutungsverlust internationaler Organisationen resultiert. Privatwirtschaftlich geführte Firmen entscheiden über die Rohstoffversorgung und die Vergabe von Krediten. Teilweise sind sie durch Fusionen und Übernahmen zu unbekannter Größe gewachsen oder aber von einzelnen Staaten als nationale Champions aufgebaut worden. Der Bedeutungsverlust der UNO wird besonders an den Entwicklungen im Vorfeld des Krieges zwischen Gazprom-Russland und China ersichtlich: Zu Beginn des sich abzeichnenden Konfliktes zwischen China und Russland hinsichtlich der instabilen Lage in Kasachstan blockierten beide Staaten den Vermittlungsversuch der UNO. Auch in anderen Konfliktfeldern machten beide Parteien ihre Zustimmung für oder gegen einen Beschluss von einer Unterstützung ihrer eigenen Ziele abhängig. Da Europa von russischen Energielieferungen abhängig ist und die Vereinigten Staaten sehr schlechte Erfahrungen in der Region gemacht haben, fielen auch sie als unabhängige Vermittler aus. Durch diese politischen Grabenkämpfe wurde die UNO vollständig gelähmt und verlor ihre Handlungsfähigkeit. Ebenfalls muss die WTO als gescheitert angesehen werden, nachdem die VRC aufgrund von Handelsstreitigkeiten mit den USA schließlich aus der WTO austrat. Aus diesem Grund werden vermehrt bilaterale Abkommen geschlossen, die besonders China geschickt vorantreibt. Zusätzlich hat China einzelne Ressourcen im Südchinesischen Meer unilateral erschlossen. Dies führte allerdings nicht zu einer militärischen Eskalation, sondern zu einem ökonomischen Wettlauf der einzelnen Firmen um einen möglichst schnellen Abbau. Auch die ASEAN konnte dies nicht verhindern. Wie auch andere regionale Institutionen ist diese inzwischen politisch bedeutungslos. Die Außenpolitik der meisten Staaten heutzutage dient nun fast ausschließlich der Wirtschaftsförderung, während Demokratie und Menschenrechte kaum noch Priorität besitzen.

Der große Krieg, in dem sich die Volksrepublik China und Russland im Jahr 2020 befinden, wurde durch eine Kette von Ereignissen ausgelöst, deren Beginn wohl in dem Rückzug der NATO aus Afghanistan 2010 gesehen werden kann. Dieser führte zu einem Rückfall des Landes in den Bürgerkrieg, der in den folgenden Jahren eine destabilisierende Wirkung auf die zentralasiatischen Republiken ausübte, unter anderem kam es zum Zerfall der Staaten Tadschikistan und Kirgistan. Die Bergregionen beider Länder sowie die von Kasachstan dienten in der Folgezeit sehr heteroge-

nen separatistischen Bewegungen, die unterschiedliche Ziele verfolgten, als Rückzugsraum. Um deren destabilisierendem Einfluss entgegenzuwirken, einigten sich Russland und China damals im Rahmen der soz, gemeinsame Maßnahmen zur Stabilisierung der Region zu unternehmen. Es lag im Interesse beider Länder, das Abgleiten der Region ins Chaos zu verhindern. Besonders die VRC befürchtete ein Übergreifen des Separatismus auf die eigene uighurische Bevölkerung in Xinjiang und sah ihre nationale Einheit bedroht. Um diese Bedrohung abzuwenden, wurde die repressive Minderheitenpolitik weiter verschärft, was einen kontraproduktiven Effekt hatte: Die Uiguren entfremdeten sich weiter von China, die Einsickerungen von Separatisten nach Westchina nahmen zu, und es kam vereinzelt zu Anschlägen auf Einrichtungen der Zentralregierungen und des Militärs. Der folgenschwerste dieser Anschläge fand Anfang 2014 auf eine Öl-Pumpstation im Tarimbecken statt, was als Auslöser für eine groß angelegte chinesische Antiterror-Operation in der Grenzregion diente.

Auch die Lage im Nachbarland Kasachstan war zunehmend instabiler geworden. Auf Präsident Nasarbajews Tochter und Nachfolgerin Dariga wurde 2015 ein Attentat verübt, das missglückte, aber die Spannungen deutlich zu Tage treten ließ. Die Präsidententochter wandte sich daraufhin hilfesuchend an Russland und die VRC, die schließlich eine Marionettenregierung mit Dariga an der Spitze installierten. Die Kontrolle dieser Regierung blieb allerdings auf ein kleines Gebiet im Westen beschränkt, und schon ein Jahr später entlud sich die angespannte Situation in einem Bürgerkrieg zwischen Anhängern der Marionettenregierung und verschiedenen aufständischen Gruppen. Angesichts dieser Situation beriefen die VRC und Russland Anfang 2017 die Konferenz zur Zukunft Kasachstans im Schwarzmeerbadeort Sochi ein. Im Vertrag von Sochi wurde schließlich eine Einigung erzielt. Der Artikel II des Vertrags regelte die Ausbeutung aller kasachischen Bodenschätze durch Gazprom und Petrochina sowie die Aufteilung Kasachstans in russische sowie chinesische Einflussphären.

Bei den 2018 in Russland angesetzten Neuwahlen bewarb sich unter anderem ein ehemaliger Gazprom-Manager als Marionette des Konzerns um das Präsidentenamt. Er führte einen extrem nationalistischen Wahlkampf, in welchem er vor allem den Vertrag von Sochi als Ausverkauf russischer Interessen diffamierte. In Russland fielen die Parolen, dass Zentralasien traditionell russisches Einflussgebiet sei und dass vor allem die Ölquellen am Kaspischen Meer allein von Russland ausgebeutet werden

sollten, auf fruchtbaren Boden und die Stimmung heizte sich zunehmend auf. Seitdem die Präsidentenwahl gewonnen wurde, übt praktisch Gazprom die Macht in Russland aus. Gazprom erhob Anspruch auf alle Ressourcen in Kasachstan. Dieser Vertragsbruch führte zu einer dramatischen Verschlechterung der Beziehungen zur Volksrepublik.

In der nationalistisch aufgeladenen Stimmung kam es wiederholt zu Übergriffen auf die chinesische Bevölkerung im russischen Fernen Osten, und sowohl in Russland als auch in China wurde die Rhetorik schärfer. Als im Frühsommer 2019 eine Rebellengruppe einen Anschlag auf eine noch recht neue Pipeline verübte, die von Sibirien nach Daiqing führt, fürchteten die Chinesen ernsthaft um die Sicherheit ihrer Rohstoffversorgung. Durch die eigenmächtige Initiative eines chinesischen Generals, der für seine Aktionen in China von den Massen zum Volkshelden erhoben wurde, eskalierte der Konflikt schließlich. Vorgeblich um die chinesische Bevölkerung im russischen Fernen Osten zu beschützen, aber hintergründig um die Rohstoffsicherung Chinas bemüht, intervenierte der General in Sibirien. Nachdem die Gazprom-Regierung China ultimativ zum Rückzug aufgefordert hatte, aber die VRC das Ultimatum verstreichen ließ, kam es am 20. Juli 2019 zu den ersten schweren Kampfhandlungen im großen russisch-chinesischen Krieg, in dem sich die beiden Parteien heute, 2020, noch immer gegenüberstehen.

Innenpolitisch hatte der Konflikt in der VRC erhebliche Konsequenzen. Schon während des Konflikts in Kasachstan wuchsen sowohl der Einfluss des militärischen Flügels in der KP als auch die Ausgaben für die Volksbefreiungsarmee. Mit dem Ausbruch des Krieges gegen Russland wurde diese Entwicklung noch einmal verstärkt und einige Ministerien wie die für Verteidigung und Außenpolitik werden von ehemaligen Generälen geleitet. Die Wirtschaft des Landes hat unter dem Konflikt gelitten. Das Wachstum hat sich stark abgekühlt, allerdings ohne in eine Rezession abzugleiten.

Aber auch an anderer Stelle verspürt die Führung der VRC Probleme. Seit 2014 war eine Verschlechterung der Beziehungen mit Nordkorea zu verzeichnen. Diese war zum einen auf Grenzstreitigkeiten zurückzuführen, zum anderen war Kim Jong Il für chinesische Vorschläge und Hinweise, die seine Außenpolitik betrafen, immer weniger empfänglich. Um die Meinungsverschiedenheiten aufzuklären, entschied er sich 2017, zu einem Gipfelgespräch nach Peking zu reisen. Allerdings wurde kurz vor der chinesischen Grenze ein Anschlag auf seinen Zug verübt, den der geliebte Führer nicht überlebte; die Täter konnten nicht gefasst werden. Die

neue nordkoreanische Führung war sich der eigenen schlechten wirtschaftlichen Situation bewusst und ersuchte das Ausland um Hilfe. Diese wurde jedoch nicht von China gewährt, welches seinen Problemen an der Westgrenze höhere Priorität einräumte, sondern von den Südkoreanern, die hierbei von den USA unterstützt wurden. 2020 befindet sich Nordkorea in wirtschaftlicher Abhängigkeit und damit unter US-Einfluss.

Große Probleme hat China mit den USA. Taiwan fühlte sich durch die Militarisierung der chinesischen Außenpolitik bedroht und suchte engeren Anschluss an die Vereinigten Staaten. Diese gewährten weitere militärische Unterstützung, unter anderem wurde im Jahr 2019 ein Raketenabwehrsystem installiert. China sieht sich aktuell mit dem Versuch einer amerikanischen Eindämmungspolitik konfrontiert, an der neben Taiwan und Japan auch der ehemalige Verbündete Nordkorea beteiligt ist. Dies – in Verbindung mit den schon bestehenden Konflikten – lässt das Land in eine ungewisse Zukunft sehen.

Szenario III: »Der Drache erwacht«

Erstmals in der Geschichte ist es der Menschheit gelungen, eine multilateral funktionierende Institution zu begründen, deren Einfluss auf globale Politik und Wirtschaft weit über das hinausgeht, was bisherige hegemoniale Mächte zu leisten vermochten. Eine Institution, deren Entscheidungsbefugnisse derart umfassend sind, dass einige von einer Weltregierung sprechen würden – auch wenn sie selbst sich diesen Titel nicht gibt. Die epochale Wende, die dies möglich machte, wurde maßgeblich durch die Volksrepublik China herbeigeführt, die sich nach 200 Jahren der außenpolitischen Enthaltensamkeit eindrucksvoll zurückmeldet und erneut unter die bedeutendsten Mächte der Welt vorstößt. Ermöglicht wurde der kometenhafte Aufstieg des Reichs der Mitte durch einen weiter liberalisierten Welthandel und technologische Innovationen, von denen die chinesische Volkswirtschaft in höchstem Maße profitieren konnte. Weiterhin erwies sich das politische System der VRC aufgrund kurzer Entscheidungswege und enormer Flexibilität den Gegebenheiten der von komplexen Interdependenzen durchzogenen Weltordnung als hervorragend angepasst und überlegen. Als »autoritäre Expertokratie« zu bezeichnen, verfügt es über effiziente Möglichkeiten zur Elitenrekrutierung und ist als gesellschaftliches Organisationsprinzip weltweit zum Leitbild geworden. Den Kern der Macht bildet dabei nach wie vor eine professionelle Kaderpartei, die allerdings nicht mehr unter

dem Namen Kommunistische Partei Chinas firmiert, sondern sich seit 2017 Führungspartei nennt. Dies ist zurückzuführen auf ein ideologisches Umdenken der Spitzenkader, um dem im alltäglichen politischen Betrieb vorherrschenden Pragmatismus Rechnung zu tragen. Dem Marxismus-Leninismus wurde abgeschworen und der bis dato unantastbare Mao diskreditiert. An die Stelle der traditionellen Ideologie trat eine zukunftsorientierte, auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und enge Zusammenarbeit mit den Gremien der neuen Globalen Ordnung ausgerichtete Denkweise, welche die Grundlage für das außenpolitische Agieren Chinas darstellt. So manifestiert sich in dem aufstrebenden Riesenreich der primäre Motor für die Institutionalisierungsbemühungen der 2012 konstituierten »Dienerin der Menschheit« (wèi rénlei fúwù) als neue supranationale Organisation, welche die alte Ordnung schrittweise überflüssig machte. Die zentralen Aufgabenfelder der Dienerin der Menschheit, wie die Weltorganisation nach dem Willen der Chinesen getauft wurde, liegen u. a. in der Schaffung einer Freihandelszone zwischen allen Mitgliedsstaaten, der Regulierung von Kapital- und Finanzmärkten, der Installation eines global gültigen Wettbewerbsrechts, der Bereitstellung von öffentlichen Gütern und der multilateralen Sicherung weltweiter Rohstoffvorkommen.

Die noch zu Anfang des Jahrhunderts mit ähnlichen Aufgaben wie die Dienerin der Menschheit betrauten internationalen Organisationen und Institutionen wie die UNO, der IWF und die NATO sind wegen ihrer Ineffizienz und mangelnden Flexibilität gescheitert bzw. befinden sich in einem Prozess des Zerfalls. Der Impetus für die gravierende Umwälzung der internationalen Ordnung ging von einer schweren Weltwirtschaftskrise in den Jahren 2008 bis 2010 aus, welche die westlichen Staaten zu einem radikalen Umdenken bewegte. Auslöser dieser schweren Krise war ein Umschwenken einiger amerikakritischer Ölförderländer in der Preisberechnung des Barrels von Dollar auf Euro. Das Resultat war ein massiver Vertrauensverlust in die damalige Leitwährung und ein rasanter Dollarkursverfall an den internationalen Devisenmärkten. Infolgedessen platzte die Immobilienblase in den USA und die Binnennachfrage kollabierte. Die Federal Reserve versuchte zwar, durch eine Erhöhung des Leitzinses dem Dollarkursverfall entgegenzuwirken, um eine drohende Inflation abzuwehren, doch blieb diese Maßnahme ohne merkliche Resultate. Der damals wichtigste Absatzmarkt für die Exportwirtschaft Chinas und anderer Länder und Regionen brach somit weg, was in der schwerwiegendsten Weltwirtschaftskrise seit 1929 mündete.

Als Reaktion auf die Ereignisse in den USA fand auf Initiative der Volksrepublik China 2009 in Shanghai ein Gipfeltreffen der sieben stärksten Volkswirtschaften statt mit dem Ziel, den Dollar zu stärken und die Weltwirtschaftskrise einzudämmen. Die geladenen Staaten Brasilien, China, Indien, Japan, Russland und die USA sowie die Europäische Union einigten sich rasch auf eine konzertierte Aktion, um der Krise zu begegnen. Vor der Weltöffentlichkeit wurde ein hohes Maß an Geschlossenheit demonstriert. Hu Jintao, der damalige Staatspräsident der VRCh, schreibt in seinen Memoiren zur Stimmung auf diesem Kongress: »Es schien, als wäre in den westlichen Ländern die Einsicht gereift, dass sich in Zukunft eine ähnliche Katastrophe nur durch ein hohes Maß an Kooperation verhindern ließe. Meine engsten Mitarbeiter und ich beschlossen daher, den anwesenden Staatsoberhäuptern am letzten Tag des Gipfeltreffens ein schon länger vorliegendes Papier zu präsentieren.« Das besagte Dossier, welches ein Gremium aus hochkarätigen Wissenschaftlern für die Regierung in Beijing angefertigt hatte, schlug eine radikale Neuorganisation der internationalen Ordnung vor. Zentrales Entscheidungsgremium sollte eine strikt dem Mehrheitsprinzip unterliegende Körperschaft sein, in dem die – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – größten Volkswirtschaften der Welt einen Sitz einnehmen. Mitglied in dem neuen Zusammenschluss konnten Staaten oder Staatenbündnisse nach Erfüllen von vordefinierten Kriterien, wie z. B. die Schaffung von Spiegelministerien auf nationaler Ebene und der Abbau von Handelshemmnissen, werden. Zudem sollten transnationale Konzerne, deren politische Gestaltungskraft in jüngerer Vergangenheit dramatisch zugenommen hatte, einen formalisierten Einfluss auf die Agenda der Weltpolitik erhalten, um der Realität Rechnung zu tragen. Gleichzeitig wurden sie aber verpflichtet, einen entscheidenden finanziellen Beitrag zu leisten.

Im Jahr 2012 wurden die Verhandlungen um die Dienerin der Menschheit schließlich abgeschlossen und der Hongkonger Sitz der Organisation in einer feierlichen Zeremonie eingeweiht. Dabei kann sich der innere Führungskreis heute auf einen effizienten bürokratischen Apparat stützen, der über die nötige wissenschaftliche Expertise verfügt und seine Mitarbeiter strikt nach Leistungsprinzip auswählt. Die anfänglichen breiten Proteste gegen dieses Gremium, welches als undemokratisch und unsozial bezeichnet wurde, sind heute weitestgehend verstummt. Es bestehen Kooperationsabkommen mit den Überbleibseln der »Alten Ordnung« wie der Weltbankgruppe. Die UNO existiert formal weiter, doch haben ihre Beschlüsse keinerlei Bedeutung mehr und ihre endgültige Auf-

lösung wird immer vehementer gefordert, zumal die Hauptbeitragszahler seit einigen Jahren ärmere Länder aus Afrika und Südamerika sind, die sich nach wie vor weigern, den Auflagen für eine Mitgliedschaft in der Dienerin der Menschheit zu entsprechen.

Als attraktiv für den Beitritt zur Dienerin der Menschheit wirkte sicherlich auf viele Staaten, dass die VRC die Institutionalisierungsbemühungen mit Joint Ventures flankierte, welche die partizipierenden Nationen an den biotechnologischen Neuerungen teilhaben ließen; 2010 war China in diesem Bereich der Durchbruch gelungen. Die revolutionären Auswirkungen, welche die neue Technologie auf verschiedenartigste Industriezweige hatte, gewährleistete eine schnelle Erholung der chinesischen Wirtschaft nach der von den USA ausgelösten Krise 2008/09 und brachte eine gesteigerte Attraktivität des chinesischen Modells mit sich. China geriet zunehmend in die Lage, Soft Power auszuüben, was sich exemplarisch anhand der Tatsache verdeutlichen lässt, dass Coca Cola als weltweit bekanntestes Label im Jahre 2016 von der chinesischen Fastfood-Kette »Mei Wei« abgelöst wurde. Bereits im Jahr 2015 wurde Mandarin an US-amerikanischen Schulen verpflichtend als erste Fremdsprache eingeführt. Auch die wirtschaftliche Leistung entspricht heute der exponierten Rolle der Volksrepublik China. Der Ende diesen Jahres vom wirtschaftlichen Ausschuss der Dienerin der Menschheit herausgegebene Bericht über die weltwirtschaftliche Lage wird zum ersten Mal die Volksrepublik auf Platz eins bei den Auslandsdirektinvestitionen listen. Diese Tatsache verdeutlicht, dass die VRC in einer multipolaren Weltordnung eine exponierte Rolle einnimmt und die Geschicke der Welt zu einem nicht unerheblichem Maße in den Händen hält.

Implikationen der Szenarien

Was ist der heutige Nutzen dieser drei Szenarien, die sich stellenweise wie ein Science-Fiction-Roman lesen lassen? Die Frage »Was wäre wenn?« stellt sich natürlich früher oder später bei jeder wissenschaftlichen Analyse, egal ob der Gegenstand Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft ist. Jede Disziplin bezieht aber nur solche Faktoren mit ein, die sie auch untersuchen, analysieren oder errechnen kann. Das ist für eine Bestandsbeschreibung durchaus sinnvoll und ausreichend, führt aber bei Prognosen häufig zu Lücken, die sich bei wachsendem Zeithorizont exponentiell vergrößern. Szenarien wollen nicht versuchen, Prognosen für die Zukunft ab-

zugeben. Sie wollen jedoch möglichst viele Lücken schließen und plausible Zukunftsbilder, möglichst losgelöst von heutigen Denkbildern, erschaffen, um zu zeigen, was sein könnte. Der größte Wert einer solchen Zukunftsbetrachtung liegt demnach vor allem darin, die Sensibilität für bisher ungedachte Möglichkeiten zu stärken, den Blick für interdisziplinäre Zusammenhänge zu schärfen und eindimensionale Denkmuster aufzubrechen.

Aus den drei hier erarbeiteten Szenarien lassen sich zudem konkrete Implikationen ableiten, die bei der Entwicklung langfristiger strategischer Konzepte – sei es für Politik oder Wirtschaft – behilflich sein können. In einer normativen Dimension kann zunächst danach gefragt werden, welche der beschriebenen Zukünfte als wünschenswert erachtet werden und welche es eher zu vermeiden gilt. Ausgehend von dieser Frage könnten Maßnahmen formuliert werden, welche die Entwicklung in Richtung des einen Szenarios vorantreiben und der Entwicklung in Richtung auf ein anderes entgegenwirken. In einer pragmatischen Dimension können Szenarien dabei behilflich sein, Mini-Max-Strategien zu entwickeln, mit Hilfe derer man sich in allen drei unterschiedlichen Zukünften mit möglichst geringen Kosten und dem bestmöglichen Nutzen bewegen kann.

Auch wenn Szenarien nie die Realität vorhersagen können, so bieten sie jedoch eine analytische und kreative Möglichkeit, der Frage »Was wäre wenn?« nachzugehen und relevante Implikationen herauszuarbeiten.